



Bau- und Gastgewerbeinspektorat

Münsterplatz 11, CH-4001 Basel
Telefon +41 61 267 92 00
Telefax
E-Mail bvdbgi@bs.ch
Internet www.bgi.bs.ch

Bau-Entscheid Nr. BBG 9'118'188 (1) vom 22. Juni 2020

Adresse	Basel, Solothurnerstr. 18 Geb. 12889 fertiggestellt Sek. 3 Parz. 1294	
Gesuchsteller	IWB, Industrielle Werke Basel, Florian Lüthy, Margarethenstr. 40, 4053 Basel	
Grundeigentümer	IWB, Industrielle Werke Basel, Margarethenstrasse 40, 4002 Basel	
Verantwortliche Fachperson	Glaser Keller AG Ingenieur und Architekten, Thomas Keller, Birsigstrasse 10, 4103 Bottmingen, Tel.: 061 415 92 20	
Objekt	Umbau und Erneuerung Heizwerk Bahnhof Mit Umweltverträglichkeitsprüfung Umbau Öl/Gas-Heizkessel auf Pellets im Hinblick auf CO2-neutrale Wärmeerzeugung Aufhebung von 4 best. Parkplätzen	
Eingabedatum	30. September 2019 19. Dezember 2019 17. Februar 2020 14. November 2019 10. Oktober 2019	Erste Eingabe abgeänderte Unterlagen abgeänderte Unterlagen abgeänderte Unterlagen nachträgliche Unterlagen
Publikationsdatum	11. März 2020	Einsprachefrist bis 11. Mai 2020
Entscheid	Das Baubegehren wird unter dem Vorbehalt der nachfolgenden Bedingungen und Auflagen bewilligt.	

Bau- und Gastgewerbeinspektorat, Bauinspektor

1. BAUABNAHME

Aufgrund der aktuellen Situation mit dem Coronavirus ist der Fragekatalog (<https://www.bgi.bs.ch/ueber-uns/erreichbarkeit0.html> sowie Beilage) mit der Bauvollendungsmeldung dem Bau- und Gastgewerbeinspektorat einzureichen.

Allgemeines / integrierte Bestandteile

2. UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG (UVP), BEURTEILUNGSBERICHT

Der Beurteilungsbericht über die Umweltverträglichkeit vom 28.05.2020 ist ein integrierter Bestandteil dieses Bauentscheids.

Allgemeines / Grundlagen

3. NACHGEREICHTE PLÄNE UND UNTERLAGEN

Grundlage dieses Bauentscheides bilden auch folgende nachgereichte Dokumente vom 10.10.2019 (grüner Datumsstempel des Bau- und Gastgewerbeinspektorats):

- Anhang A / Seite 2+3 ergänzt betr. Erdbebensicherheit
- Gebäudeversicherungsnachweis
- Bericht mit dem Nachweis der Tragsicherheit
- Stellungnahme zum Bericht

4. ABGEÄNDERTE PLÄNE UND UNTERLAGEN

Grundlage dieses Bauentscheides bilden auch folgende abgeänderte Dokumente vom 14.11.2019 (grüner Datumsstempel des Bau- und Gastgewerbeinspektorats):

- Kanalisationsbegehren rev.

5. ABGEÄNDERTE PLÄNE UND UNTERLAGEN

Grundlage dieses Bauentscheides bilden auch folgende abgeänderte Dokumente vom 19.12.2019 (grüner Datumsstempel des Bau- und Gastgewerbeinspektorats):

- Umweltverträglichkeitsbericht rev.
- Baubeschrieb rev.
- Bericht über die Durchführung von Emissionsmessungen
- Feuerungskontrolle Heizkessel
- Schalltechnische Verträglichkeitsprüfung rev.
- Lärmgutachten Kühltürme
- Störfall Kurzbericht
- Strassenprofile

6. ABGEÄNDERTE PLÄNE UND UNTERLAGEN

Grundlage dieses Bauentscheides bilden auch folgende abgeänderte Dokumente vom 17.02.2020 (grüner Datumsstempel des Bau- und Gastgewerbeinspektorats):

- Erdgeschoss rev.
- Obergeschoss 1 rev.
- Obergeschoss 2 rev.
- Schnitt D mit Südfassade rev.
- Schnitt F rev.
- Brandschutzkonzept Retrofit Heizwerk Bahnhof
- Entwurf des Explosionsschutzdokuments und Risikoanalyse / Beurteilung

Allgemeines / Verschiedenes

7. **SCHUTZ DER NACHBARN (HINWEIS AUF ZIVILES RECHT)**
Die Bestimmungen von § 61 Bau- und Planungsgesetzes (Schutz der Nachbargrundstücke) sind einzuhalten; auf die Umweltschutzgesetzgebung und die Art. 684 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuches wird ausdrücklich hingewiesen (Schutz der Nachbarn).

Bauweise und Ausstattung / Sicherheit allgemein

8. **SICHERHEIT VON BAUTEN UND ANLAGEN**
Die Sicherheit der Bauten und Anlagen ist in eigener Verantwortung gem. §§ 59 ff. BPG sowie den einschlägigen Normen der Fachverbände zu gewährleisten (Stand der Technik und Regeln der Baukunde, Liste nach § 19 Abs.2 BPV).
9. **RADON BEI NEU- UND UMBAUTEN**
Gemäss Strahlenschutzverordnung (StSV, SR 814.501) ist die Gebäudeeigentümerschaft oder bei Neubauten die Bauherrschaft dafür besorgt, dass dem Stand der Technik entsprechende präventive Massnahmen getroffen werden. Allfällige Schutzmassnahmen oder eine Sanierung sind gemäss Empfehlung des Bundesamtes für Gesundheit BAG erforderlich. Für die Beratung und Beurteilung ist das Kantonale Laboratorium, Kannenfeldstrasse 2, Basel, rechtzeitig zu kontaktieren.

Bauweise und Ausstattung / Absturzsicherung

10. **SICHERUNG VON ABSTURZSTELLEN**
Absturzstellen ab 1.00 m Höhe sind mit fachgerechten Schutzelementen zu sichern (SIA-Norm 358).

Bauweise und Ausstattung / Belichtung und Belüftung

11. **ABLUFTE VON LÜFTUNGSANLAGEN**
Die Abluft der mechanisch ventilierten Räume sowie der Lüftungs- und Klimaanlage ist gemäss den Richtlinien des Bundesamts für Umwelt (BAFU), Kamin-Empfehlungen über die höchste Dachfläche zu führen (§ 21 BPV).

Bauweise und Ausstattung / Ausstattung

12. **BEGRÜNTE FLACHDÄCHER**
Ungenutzte Flachdächer sind mit einer Vegetationsschicht zu überdecken (§ 72 BPG).

Durchführung / Vollstreckung

13. **ANZEIGEPFLICHT**
Für Bauten und Anlagen besteht eine Anzeigepflicht an das Bau- und Gastgewerbeinspektorat.
Die verantwortliche Fachperson oder die Bauherrschaft hat den Beginn der Ausführung sowie die Fertigstellung der Bauten und Anlagen mit den entsprechenden amtlichen Formularen anzuzeigen (§ 58 Abs.3 BPV).
14. **ABWEICHUNG VON DEN BEWILLIGTEN PLÄNEN**
Soll während der Bauausführung wesentlich von den bewilligten Plänen abgewichen werden, ist vorher eine Bewilligung des Bau- und Gastgewerbeinspektorats einzuholen. Vorbehalten bleiben weitere Auflagen durch die Prüfung allfälliger abgeänderter Pläne (§ 56 Abs. 2 BPV).
15. **BAUENTSCHEID VOLLSTRECKBAR**

Mit der Ausführung bewilligungspflichtiger Bauvorhaben darf erst begonnen werden, wenn die Baubewilligung vollstreckbar geworden ist (§ 56 Abs.1 BPV).

16. VERANTWORTLICHE FACHPERSON NOTWENDIG

Für die Ausführung des Vorhabens ist dem Bau- und Gastgewerbeinspektorat vor der Anzeige des Beginns der Bauarbeiten eine verantwortliche Fachperson zu melden. Die Bauarbeiten sind durch eine einzige verantwortliche Fachperson zu leiten (§ 57 BPV).

Die verantwortliche Fachperson trägt die Verantwortung für die Ausführung des bewilligten Vorhabens gemäss den Regeln der Baukunde (§ 16 Abs. 1 ABPV).

Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat kann verlangen, dass sich die Fachperson über die für die Bauausführung nötigen Kenntnisse ausweist (§ 57 Abs. 3 BPV).

Bitte um Angabe der neu verantwortlichen Fachperson (Firma), Adresse und Kontaktdaten:

.....

.....

.....

.....

Die verantwortliche Fachperson wird aufgefordert, beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat die bewilligten Pläne sowie das Baubegleiten-Formular zu unterzeichnen. Dafür ist vorgängig eine Kontaktaufnahme mit dem/der zuständigen Bauinspektor/in erforderlich.

Durchführung / Weiteres

17. MELDUNG AN DIE GEBÄUDEVERSICHERUNG

Die Eigentümerschaft ist verpflichtet, Neubauten sowie jeden wertvermehrenden Ausbau der Liegenschaft der Gebäudeversicherung des Kantons Basel-Stadt zur Versicherung zu melden (§ 4 Abs. 2 Gebäudeversicherungsgesetz, SG 695.100 und §§ 5 und 8 Verordnung zum Gebäudeversicherungsgesetz, SG 695.110).

18. GELTUNGSDAUER DER BAUBEWILLIGUNG

Wird mit den Bauarbeiten nicht innerhalb von drei Jahren nach Eintritt der Rechtskraft begonnen, so erlischt die Baubewilligung. Eine erloschene Baubewilligung kann nur durch ein neues Baubegleiten ersetzt werden (§§ 53 und 54 BPV).

Durchführung / Grundbuch- und Vermessungsamt

19. NACHFÜHREN DER PLANWERKE DER AMTLICHEN VERMESSUNG

Nach Abschluss der Bauarbeiten wird das Grundbuch- und Vermessungsamt des Kantons Basel-Stadt auf Kosten der Grundeigentümerschaft oder der Baurechtsberechtigten Neu- und Anbauten einmessen, die Daten und Planwerke der amtlichen Vermessung nachführen sowie allenfalls fehlende Grenzzeichen ergänzen oder wieder Instand stellen (§ 20 und § 22 Geoinformationsgesetz, SG 214.300).

Tiefbauamt, Planung - Strassen

Strassen

20. Für den Anschlussbereich Privatparzelle zur Strassenparzelle (inkl. Zugänge und Zufahrten) ist der Höhen- und Lagebestand der Strasse einzuhalten.

Vor Baubeginn und vor Beginn der Instandstellungsarbeiten wünschen wir eine Besichtigung vor Ort. Es ist eine Dokumentation über den Zustand der angrenzenden

Allmendflächen zu erstellen.

Eine allfällige Instandstellung ist nach unseren Weisungen durch ein qualifiziertes Strassenbau- oder Tiefbau-Unternehmen zulasten des Verursachers auszuführen. Dabei sind die Strassenbaunormen des Kantons Basel-Stadt einzuhalten. Strassenmeister Kreis 1, Tel. 061 267 44 31

Tiefbauamt, Allmendverwaltung

21. Im Grundsatz haben Bauinstallationen auf der privaten Baufläche zu erfolgen. Muss ausnahmsweise die Allmend in Anspruch genommen werden, so ist der Allmendverwaltung (Frau C. Kunz Sälinger, Tel. 061 267 93 51), für kleinere Bauinstallationen (Mulden, Umschlagplätze, Gerüste etc.) mindestens 2 Wochen, für grössere Bauinstallationen (Kräne, Containerbühnen etc.) mindestens 3 Monate vor Baubeginn ein Allmendnutzungsgesuch zu stellen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Allmend nicht jederzeit uneingeschränkt zur Verfügung gestellt werden kann. Bei Bauunterbrüchen von mehr als 2 Wochen ist die Allmend komplett zu räumen. Hat der Bauvorgang resp. die Installation Auswirkungen auf den Verkehr, so ist die Kantonspolizei, Verkehrsabteilung, Dienst für Verkehrssicherheit, Ressort Baustellen (Tel. 061 267 81 56) frühzeitig zu kontaktieren.

Tiefbauamt, Planung - Entwässerung und Gewässer

Entwässerung

22. Für die Ausführung der sanitären Abwasserinstallation sind das bewilligte Leitungsschema sowie die Schweizer Norm SN 592000-2012 massgebend.
23. Die bewilligten Kanalisationspläne sind dem technischen Experten des Tiefbauamtes, Entwässerung während der gesamten Bauzeit auf der Baustelle zur Verfügung zu halten. Die Bereitschaft zur Abnahme ist dem Tiefbauamt, Entwässerung spätestens einen Tag vorher anzuzeigen; ebenso ist die Vollendung der Anlage zu melden.
24. Sollten sich bei der Ausführung Abweichungen vom bewilligten Projekt ergeben, ist das Tiefbauamt, Entwässerung hierüber umgehend zu orientieren. Ausserdem sind ihm nach Beendigung der Arbeiten und vor der Schlusskontrolle revidierte Kanalisationspläne (Grundriss, Schnitt und Sanitätschema) in zweifacher Ausführung coloriert einzureichen. Die Pläne sind von der verantwortlichen Fachperson zu unterzeichnen.
25. Die nicht mehr benützten Entwässerungsgegenstände sind zu entfernen und die Apparateanschlüsse fachgerecht zu verschliessen. Die Anschlussleitungen sind beim Einleitungspunkt der in Betrieb bleibenden Leitung fachgerecht gas- und wasserdicht zu verschliessen.
26. Die Deklaration der befestigten Flächen zur Erhebung der Niederschlagsableitungsgebühr ist ein integrierter Bestandteil dieser Bewilligung. Das vollständig ausgefüllte Formular inkl. Situationsplan mit entsprechend farblich gekennzeichneten Flächen, ist mindestens 4 Wochen vor der Schlusskontrolle dem Tiefbauamt, Entwässerung einzureichen.

Städtebau und Architektur, Planungsamt

27. Das Baubeglehen kann aus Sicht Planungsamt bewilligt werden.

Stadtgärtnerei

28. Anträge gemäss Beurteilungsbericht AUE

Naturschutz

29. Für die Dachbegrünung ist ein Substrat zu verwenden, welches aus geeignetem natürlichem Ober- oder Unterboden aus der Region besteht. Geeignet sind humose Oberböden mit krümeligem Gefüge sowie kiesig, sandige Unterböden mit geringem Anteil lehmiger und toniger Komponenten. Das Bodenmaterial hat eine Schichtdicke von mind. 12 cm (verdichtet) aufzuweisen. Als Rückzugsorte für Bodentiere sowie zur Ermöglichung einer Standortvielfalt sind flächig angeordnete, überhöhte Bereiche mit mind. 15 cm Substratstärke einzurichten (ca. 1/3 der Fläche). Aus statischen Gründen kann die geforderte Standortvielfalt auch durch die Einrichtung von kleinen Hügeln (30 cm hoch, 3 m Durchmesser, Richtwert: pro 100 m² ein Hügel) an sta-tisch gegebenen Punkten erreicht werden, die durch kleinere überhöhte Bereiche miteinander zu verbinden sind. Als Ansaat ist die Basler Mischung mit ausschliesslich einheimischen Arten (CH-Ökotypen) zu verwenden. (NHG §9 Abs. 2)
30. Das Areal befindet sich im weiteren Baumschutzgebiet, in dem Bäume ab 90 cm Stammumfang (ca. 30 cm Durchmesser), einen Meter über dem Boden gemessen, geschützt sind (§ 4 BSchG). Der Bauherr haftet in jedem Fall für sämtliche Schäden, die an geschützten Bäumen bei der Durchführung des Bauvorhabens entstehen.

Amt für Umwelt und Energie, Energie

Gebäudehülle

31. Die neuen Bauteile sowie die Bauteile mit neuen Isolationen sind - wie vorgesehen - gemäss den §§ 9 bis 12 der Verordnung zum Energiegesetz vom 01.10.2017 auszuführen. Der Nachweis über die eingebauten Dämmungen ist bei der Abnahme vorzulegen.
Die Grenzwerte für Wärmebrücken gem. SIA 380/1:2017 sind ebenfalls einzuhalten.

Lüftungs- und Klimaanlage

32. Die Steuerung der Lüftungsanlage für das Pellet-Silos hat so zu erfolgen, dass diese nur in Betrieb geht, wenn dies erforderlich ist. Die An-/Abschaltung hat z.B. durch Qualitäts-/CO₂-/Infrarot-/Impuls-/ oder Schaltuhrschaltung zu erfolgen.

Wärmetechnische Anlagen

33. Die Anlage und deren Steuerung ist wie geplant auf optimale Nutzung des Anteils erneuerbare Energie (Holzstaub aus Pellets) auszulegen.

Amt für Umwelt und Energie, Heizungs- und Tankanlagen

Heizungs- und Tankanlagen

34. Die Tankanlage muss durch eine Fachfirma ausser Betrieb gesetzt und beim Amt für Umwelt und Energie, Heizungs- und Tankanlagen, Hochbergerstr. 158, 4019 Basel, mit einem Stilllegungsrapport abgemeldet werden. Die Liste der zugelassenen Fachfirmen ist unter <http://www.citec-suisse.ch> zu finden.
35. Bei bestehenden Bauten können Boden und Wände aus Beton für das Schutzbauwerk verwendet werden, sofern sie den zu erwartenden Belastungen genügen. Die Übergänge zwischen alten und neuen Bauteilen müssen ca. 10 cm überlappend mit einem dauerelastischen Material abgedichtet werden
36. Die Dichtheit der betonierten Ölauffangwanne ist durch den Ersteller (Bauunternehmung) mit einer Wasserprüfung nachzuweisen. Dem Bauherrn und dem Amt für Umwelt und Energie Fachstelle Heizung und Tankanlagen ist mit einem rechtsgültigen unterzeichneten Protokoll zu bestätigen. Die Füllhöhe hat 20 cm zu entsprechen und die Prüfdauer mindestens 5 Tage zu betragen. Beim Einsatz eines elektronischen Niveau-Messgerätes genügt eine Prüfdauer von 24 Stunden. In diesem Fall ist das Prüfprotokoll zusammen dem Messstreifen einzureichen.

Amt für Umwelt und Energie, Industrie- und Gewerbeabwasser

37. Anträge gemäss Beurteilungsbericht AUE

Lagerung und Umschlag

38. Der Umschlagplatz für das Heizöl ist im Rahmen des Projekts gemäss dem interkantonalen Merkblatt Absicherung und Entwässerung von Güterumschlagplätzen zu sanieren. Entsprechende Planunterlagen sind bis spätestens 8 Wochen vor Baubeginn dem Amt für Umwelt und Energie, Fachstelle Industrie- und Gewerbeabwasser einzureichen. (GSchG Art.22)

Amt für Umwelt und Energie, Lärmschutz

39. Anträge gemäss Beurteilungsbericht AUE

Technische Anlagen

40. Neue technische Anlagen, die Lärm nach aussen verursachen können, sind so auszuführen, dass bezüglich der Nachbarliegenschaften die Planungswerte der entsprechenden Lärmempfindlichkeitsstufe (ES) gemäss Anhang 6 der Lärmschutz-Verordnung (LSV) eingehalten werden können (Art. 7 LSV). Gemeinsam mit den bestehenden Anlagen des Heizwerk Bahnhof sind bezüglich der Nachbarliegenschaften die Immissionsgrenzwerte der massgebenden ES gemäss Anhang 6 LSV einzuhalten (Art. 8 LSV).
41. Die Schalleistungspegel der neuen Anlagenteile sind zum Einhalten der Planungswerte nach Anhang 6 der LSV gemäss UVB zu begrenzen. Dazu sind die in der Schalltechnischen Verträglichkeitsuntersuchung der Firma Müller BBM vom 12.12.2019 beschriebenen Lärmschutzmassnahmen verbindlich umzusetzen.
Die Ascheförderanlage ist einzuhausen und eine Kettenraddämpfung sowie Betrieb mit langsamen Geschwindigkeiten ist zu prüfen, so dass der LWA ≤ 75 dB(A). Für die

Luftförderung zur Ansaugung der Verbrennungsluft für die Pelletfeuerung muss gewährleistet werden, dass der geforderte LWA ≤ 74 dB(A) eingehalten wird. Für die Abluft des Pelletbunkers muss der LWA ≤ 75 dB(A) betragen.

Wesentliche Umbauten/Sanierungen

42. Anlieferungsfahrten von LKWs von und zum Pellet-Bunker resp. Aschemulde dürfen gemäss UVB nur in der Zeit zwischen 07:00-19:00 Uhr erfolgen. Während den Entladevorgängen ist das Tor zum Pellet-Bunker geschlossen zu halten.

Schluss- und Abnahmekontrollen

43. Für die Luftförderung zur Ansaugung der Verbrennungsluft für die Pelletfeuerung, sowie für die Abluft des Pelletbunkers, ist vor Inbetriebnahme der Anlagen der messtechnische Nachweis zu erbringen, dass die geforderten Schallleistungspegel eingehalten werden. Nötigenfalls sind zusätzliche Lärmschutzmassnahmen umzusetzen.

Baulärm

44. Die Lärmemissionen von Bauarbeiten sind vorsorglich soweit zu begrenzen, als dies technisch und betrieblich möglich sowie wirtschaftlich tragbar ist (Art. 11 USG). Zur Begrenzung des Baulärms sind die baulichen und betrieblichen Massnahmen gemäss Baulärmrichtlinie des BAFU 2006 (Stand 2011), beschrieben im Massnahmenkatalog Baulärm (Anhang D) der Schalltechnischen Verträglichkeitsuntersuchung der Firma Müller BBM vom 12.12.2019, umzusetzen (Art. 6 LSV).
Für das Bauvorhaben gelten die Anforderungen der Baulärmrichtlinie des BAFU 2006 (Stand 2011) (Bauarbeiten Massnahmenstufe B; Bautransporte Massnahmenstufe A).
Arbeitszeiten: Bauarbeiten sind auf die Zeiten an Werktagen zwischen 07:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 17:00 Uhr beschränkt.
Zeitbeschränkung für lärmintensive Bauarbeiten: werktags max. 8 Stunden pro Tag zwischen 07:00 - 12:00 Uhr und 14:00 - 17:00 Uhr.
Bauarbeiten ausserhalb dieser Zeiten sowie Bauarbeiten an Sonn- und Feiertagen sind ohne Ausnahmegewilligung des Amtes für Umwelt und Energie, Abteilung Lärmschutz nicht gestattet (§§ 11, 12 und 13 LSV BS).
45. Die direkt betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner sind mindestens 10 Tage vor Beginn der Bauarbeiten resp. lärmigen Bauphasen schriftlich über Zweck und Dauer des Bauvorhabens zu orientieren (§ 10 LSV BS).
46. Dem Amt für Umwelt und Energie, Abt. Lärmschutz, gegenüber ist eine Person zu bezeichnen, die direkt für das Überwachen des Baulärms und das Behandeln von Lärmreklamationen zuständig ist. Die Kontaktangaben dieser Person sind auch auf der schriftlichen Anwohnerinformation zu vermerken, welche mindestens 10 Tage vor Beginn der Bauarbeiten den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner zugestellt werden muss (§ 10 LSV BS).

Amt für Umwelt und Energie, Koordinationsstelle Umweltschutz

47. Anträge gemäss Beurteilungsbericht des AUE

Amt für Umwelt und Energie, Abfall

Abfall

48. Für den Abbruch der bestehenden Heizöltanks, Leitungen etc. ist vor Abbruch-/Baubeginn eine Schadstoffuntersuchung durchzuführen und ein Entsorgungskonzept anzufertigen und dem AUE-ABF (gertrud.engelhardt@bs.ch) zuzustellen (VVEA Art. 16)
49. Verwertbare Materialien sind abzutrennen und der Verwertung zuzuführen (VVEA Art. 17).
50. Die Entsorgungsbelege für schadstoffhaltige Bauabfälle sind dem AUE-ABF (gertrud.engelhardt@bs.ch) bei Bauvollendung zuzustellen (VVEA Art. 16).
51. Anträge gemäss Beurteilungsbericht AUE

Lufthygieneamt beider Basel, Lufthygieneamt Abteilung Nichtionisierende Strahlung

NIS

52. Sunrise und die Kantonspolizei BS betreiben an diesem Standort (am Hochkamin) je eine Mobilfunk-Basisstation (Site-ID Sunrise: BA901-1; Kapo BS: BAHK). Zum Schutz der Arbeiter und weiterer Personen vor nichtionisierender Strahlung (NIS) während des Umbaus, sind alle Umbauarbeiten, die den Hochkamin betreffen, mit Sunrise und der Kapo BS zu koordinieren; diese sind im Rahmen dieser Koordination dafür verantwortlich, dass keine Person sich auch nur kurzfristig in einem Bereich aufhalten kann, in welchem der Immissionsgrenzwert der eidgenössischen Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) überschritten wird und müssen nötigenfalls die Sendeleistung ihrer Anlage reduzieren oder ihre Anlage vorübergehend abschalten.

Lufthygieneamt beider Basel, Lufthygieneamt Abteilung Industrie und Gewerbe

53. Holzstaubherstellung und Anlieferung Holz:
Staub von Eichen- und Buchenholz ist krebserregend. Es gilt das Minimierungsgebot. Die Emissionen sind deshalb unabhängig vom Risiko so weit zu begrenzen, als dies technisch und betrieblich möglich und wirtschaftlich tragbar ist. Der Grenzwert von 5 mg/m³ ab 25 g/h darf in keinem Fall überschritten werden.
Diese Vorgabe gilt für alle Prozesse, bei welchen Holzstaub emittiert werden kann - der Massenstrom gilt für die gesamte Anlage.
Bei der Anlieferung des Holzes und Herstellung des Holzstaubes müssen Massnahmen zur Minderung von Staub umgesetzt werden.
Es wird verbindlich festgehalten, dass die Annahmestelle (Vorderteil des Bunkers) durch Streifenvorhänge vom Vorraum getrennt wird und die durch den Abkippvorgang entstehenden Staubemissionen abgesaugt, gefiltert und teilweise in den Abfüllbereich zurückgeführt werden. Ein Teil der Abluft nach Feststoff-Filter wird über Dach ausgestossen.
Es ist sicherzustellen, dass die Abluft aus der Mühle und dem Pulversilo immer über Feststoff-Filter geführt wird.
Diese Abluft wird beim Betrieb des Kessels in den Verbrennungsprozess geführt.
Nach jedem Feststoff-Filter, sind Funktionstüchtigkeit und Dichtheit der Systeme durch permanente Überwachung (z.B. mittels Differenzdruckmessung) sicherzustellen.

Störungen (z.B. Filterdurchbrüche) müssen durch geeignete Massnahmen (z.B. akustischer/optischer Alarm) signalisiert werden.

Damit die Einhaltung des Grenzwertes durch Emissionsmessungen überprüft werden kann, müssen in die Abluftleitung nach der Abluftreinigungsanlage ein EMPA-Messstutzen mit zugehörigem Messplatz gemäss Beschreibung auf www.basler-luft.ch -> Formulare -> Bau- / Einrichtungsgesuche eingebaut werden.

Es wird festgehalten, dass die Abluft von Mühle und Pulversilo in den Kessel 3 geführt und mit den Verbrennungsgasen ins Hochkamin geleitet wird.

Der Abluftausstoss der Pellet-Anlieferung nach Entstaubung wird auf der Kote 20.5 m senkrecht nach oben erfolgen.

54. Holzstaubfeuerung:

Es wird festgehalten, dass eine Holzfeuerungsanlage mit einer Feuerungswärmeleistung (FWL) von 20000 kW mit einem Staubabscheider und einer Entstickung eingebaut wird. In der Holzfeuerung darf nur naturbelassenes nicht stückiges Holz eingesetzt werden (z.B. Pellets)

Folgende Grenzwerte sind einzuhalten:

Feststoffe (Staub): 10 mg/m³

Kohlenmonoxid (CO): 150 mg/m³

Stickoxide, angegeben als Stickstoffdioxid (NO₂): 150 mg/m³

Gasförmige organische Stoffe angegeben als Gesamtkohlenstoff (C): 50 mg/m³

Ammoniak und Ammoniumverbindungen, angegeben als Ammoniak: 30 mg/m³

Alle Grenzwerte beziehen sich auf einen Sauerstoffgehalt von 11 Vol-% im trockenen und normierten Abgas.

Das Staubabscheidesystem muss die Verfügbarkeit von mindestens 90% aufweisen. Die Bestimmung der Verfügbarkeit richtet sich nach der Laufzeit der Feuerung.

Es ist sicherzustellen, dass die Staubabscheidung während der Betriebszeit der Holzfeuerung funktionstüchtig ist.

Falls allgemeine Filter (z.B. Gewebefilter) eingesetzt werden, sind Funktionstüchtigkeit und Dichtheit der Systeme durch permanente Überwachung (z.B. mittels

Differenzdruckmessung) sicherzustellen. Störungen (z.B. Filterdurchbrüche) müssen durch geeignete Massnahmen (z.B. akustischer/optischer Alarm) signalisiert werden.

Beim Einbau eines Elektrofilters müssen für die Berechnung der Verfügbarkeit von aussen ablesbare Zähler für die Holzfeuerung und den Staubabscheider installiert sein. Der Zähler für die Wirksamkeitsdauer des Staubabscheidesystems hat die Verfügbarkeit der Abgasreinigung in betriebsbereitem Zustand (exkl. Bypassbetrieb) zu dokumentieren (vgl. Merkblatt FAQ38 der QM Holzheizwerke). Der Betriebsstundenzähler der Holzfeuerung hat die Betriebszeit über die Laufzeit des Verbrennungsluftgebläses zu erfassen.

Die Holzfeuerungsabgase werden über das bestehende Kamin 68 Meter über Terrain senkrecht nach oben ausgestossen.

Falls das Projekt Nauentor (Hochhaushöhe maximal 87 m) realisiert wird, muss die Kaminhöhe aller noch aktiven Feuerungsanlagen auf 98 m über Terrain erhöht werden.

Die Reingasemissionen an Kohlenmonoxid und Stickoxiden sowie die Hilfsparameter und der Bezugssauerstoff werden kontinuierlich messtechnisch überwacht.

Das Konzept der kontinuierlichen Emissionsmessung ist vor Inbetriebnahme mit dem LHA abzusprechen.

Die Resultate sind dem Lufthygieneamt jährlich zuzustellen. Abweichungen von den gesetzlichen Vorgaben sind zu begründen.

Damit die Einhaltung der Grenzwerte durch Emissionsmessungen überprüft werden kann, müssen in die Abluftleitung nach der Abluftreinigungsanlage EMPA-Messstutzen mit zugehörigem Messplatz gemäss Beschreibung auf www.basler-luft.ch -> Formulare -> Bau- / Einrichtungsgesuche eingebaut werden.

Das Lufthygieneamt ist von der Inbetriebnahme der Anlage schriftlich in Kenntnis zu setzen. Die Emissionsmessungen sind nach Absprache mit dem Lufthygieneamt innert 6 Monaten nach der Inbetriebnahme durchzuführen.

Änderungen an der Anlage (z.B. Kesselleistung, Staubabscheider) sind vorgängig vom Lufthygieneamt bewilligen zu lassen.

55. Folgende dieselbetriebenen Maschinen und Geräte für den Einsatz auf Baustellen müssen gestützt auf Artikel 19a der Luftreinhalte-Verordnung (LRV) mit einem Partikelfiltersystem ausgerüstet sein:
- Sämtliche Maschinen mit einer Leistung ab 37 kW
 - Maschinen mit Baujahr ab 2010 mit einer Leistung ab 18 kW
- Alle Maschinen und Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren ab 18 kW müssen identifizierbar sein, über ein Abgaswartungsdokument verfügen und eine Abgasmarke tragen.
- Alle Basisanforderungen gemäss der Baurichtlinie Luft (BauRLL) des Bundesamtes für Umwelt vom 1. September 2002 gestützt auf Anhang 2, Ziffer 88 der LRV sind umzusetzen. Insbesondere sind die Bauarbeiten so auszuführen, dass in der Umgebung der Baustelle keine übermässigen Immissionen - namentlich durch Staub, Abgase oder Geruch - auftreten.
56. Das Konzept der kontinuierlichen Emissionsmessung ist vor Inbetriebnahme mit dem LHA abzusprechen.

Kontrollstelle für Chemie- und Biosicherheit

57. Die Einsatzplanung ist zu aktualisieren und innerhalb von 3 Monaten nach der Inbetriebnahme bei den zuständigen Behörden einzureichen (Art. 3 Anh. 2.2 Bst. k StFV).
58. Anträge gemäss Beurteilungsbericht AUE

Amt für Wirtschaft und Arbeit

59. Allgemeines
- Gemäss Art. 6 ArG und Art. 2 ArGV 3 sowie gemäss Art. 82 UVG ist der Arbeitgeber verpflichtet, zum Schutz der physischen und psychischen Gesundheit der Arbeitnehmenden und zur Verhütung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten alle Massnahmen zu treffen, die nach der Erfahrung notwendig, nach dem Stand der Technik anwendbar und den Verhältnissen des Betriebes angemessen sind.
- Die Beurteilung basiert auf den eingereichten Architekten- und Einrichtungsplänen. Sollten bei der Abnahme weitere Mängel festgestellt werden, welche im Rahmen der Beurteilung nicht offensichtlich erkennbar waren, so behält sich das Arbeitsinspektorat weitere Auflagen vor.
60. Kontrolle durch die Suva, Konformitätserklärung
- Vor den arbeitsgesetzlichen Abnahmen sind die nachstehend aufgeführten Anlagen/Maschinen einer Kontrolle durch die Suva zu unterziehen:
- umgebauter Kessel Nr. 3 mit neuem Staubbrenner
 - Anlagenteile Metallabscheider, Pelletmühle, Zellradschleuse und Pulversilo, Pulver-Transporteinheit zu Kessel Nr. 3
- Über die nachstehend aufgeführten Anlagen/Maschine ist uns eine

Konformitätserklärung

vorzulegen:

- umgebauter Kessel Nr. 3 mit neuem Staubbrenner
- Anlagenteile Metallabscheider, Pelletmühle, Zellradschleuse und Pulversilo, Pulver-Transporteinheit zu Kessel Nr. 3
- Es ist eine Gesamtkonformitätserklärung über die Verbrennungsanlage Holz zu erstellen
(sie umfasst alle Anlagenteile von der Brennstoff-Zuführung bis zur Entaschung).

61. Dächer

Wenn Dächer periodisch (jährlich oder häufiger) begangen werden (z.B. für den Unterhalt von Begrünungen, Kontrolle und Wartung von Anlagen und Einrichtungen wie Photovoltaikanlagen, etc.), muss der Zugang über einen fest verlegten Dachaufstieg oder durch das Gebäude erfolgen (über innen oder aussen liegende Treppen, usw.). Der Absturz vom Dachrand ist zu verhindern.

Bei Arbeiten am Dachrand oder bei Wartungszugängen und Wartungsstellen die weniger als 2 m vom Dachrand (Absturzstelle) entfernt sind, ist folgender Schutz gegen Absturz notwendig:

- Anbringen einer kollektiven Schutzeinrichtung, d.h. Seitenschutz gemäss der Norm SN EN 13374 Temporäre Seitenschutzsysteme - Produktfestlegungen und Prüfverfahren, mit mind. 1 m Höhe, oder
- Anschlageinrichtung gemäss der Norm SN EN 795 Schutz gegen Absturz - Anschlageinrichtungen - Anforderungen und Prüfverfahren mit horizontaler Führung, z.B. lineares Seilsicherungs- oder Schienensystem. Hier ist sicherzustellen, dass die auf dem Dach arbeitenden Personen im Umgang mit dem Anseilschutz geschult sind (Mindestdauer 1 Tag).

Für die Anschlageinrichtung ist die Konformitätserklärung und der Installationsnachweis dem Arbeitsinspektorat vorzulegen.

Weitere Hinweise zu Arbeiten auf Dächern sind im Suva-Merkblatt 44066 sowie auf der Suva-Homepage unter den Links www.suva.ch/dach, www.suva.ch/psaga und www.suva.ch/anschlageinrichtungen aufgeführt.

Dächer ohne planbare Unterhaltsarbeiten / temporäre Absturzsicherungsmassnahmen: Wenn Dächer weniger als einmal jährlich begangen werden und keine planbaren Arbeiten vorgesehen sind (z.B. extensiv begrünte Dächer, Kiesdächer, Blechdächer etc. ohne Wartung von technischen Anlagen), können - anstelle von festinstallierten Absturzsicherungen - anhand eines Sicherheitskonzepts temporäre Absturzsicherungsmassnahmen definiert werden (z.B. Seilwurfsystem). In diesem Fall sind Dachzugang und Absturzsicherungen gemäss Bauarbeitenverordnung (BauAV) auszuführen.

Achtung: Falls trotzdem fest installierte Anschlageinrichtungen geplant sein sollten, sind diese (und der sichere Zugang zum Dach) vor Installation dem Arbeitsinspektorat zur Beurteilung vorzulegen.

62. Flucht- und Verkehrswege

Der Fluchtweg aus dem Tankkeller 1.UG überschreitet die zulässige Fluchtweglänge von 35 m. Die Fluchttür ist ca. 5-6 m in Richtung neue Trennwand REI180 zu versetzen resp. eine zusätzliche Fluchttür einzubauen, so dass die Fluchtweglänge bis zum Eintritt in das Treppenhaus deutlich verkürzt wird (siehe Grüneintrag).

Notausgänge und Fluchtwege müssen stets ungehindert begehbar sein. Ist ein Abschiessen der Ausgangstür erforderlich, so muss die Notentriegelung ohne Schlüssel (z.B. Notausgangsschlösser, von innen mit einem Drücker zu öffnendes Schloss, Innendrehknopf) möglich sein. Nicht fluchtwegtaugliche Schlösser im Bestand sind nachzurüsten.

Notausgänge und Fluchtwege sind gut sichtbar zu bezeichnen (z.B. mit grün/weissen

nachleuchtenden Symbolen oder Notleuchten). Für die Kennzeichnung von Fluchtwegen wird auf das Suva-Merkblatt 44007 verwiesen. Die Fluchtwegkennzeichnungen sind möglichst tief (Schildunterkante 2.2m ab Boden) und bei einem Richtungswechsel des Fluchtweges quer zur Laufrichtung anzubringen.

Technikräume müssen hindernisfreie Zugänge zu den Installationen und Anlagen mit einer Durchgangshöhe von mindestens 2,00 m und einer Durchgangsbreite von mindestens 0,80 m gewährleisten.

Hauptverkehrswege zu den Ausgängen müssen mindestens 1,20 m breit sein.

Nebenverkehrswege, die dem Zugang zur Anlage resp. zu wartungspflichtigen Anlagenteilen dienen, müssen mindestens 0,80 m breit sein.

Apparaturen und Einrichtungen sind so anzuordnen, dass Flucht- und Verkehrswege stets ungehindert begehbar sind und die erforderlichen Manipulationen sicher und gefahrlos ausgeführt werden können.

Verkehrswege für Personen sind durch trennende Schutteinrichtungen (z.B. Abschränkungen, Schikanen), zumindest aber durch Bodenmarkierungen klar von Verkehrswegen für Fahrzeuge abzugrenzen.

63. Türen und Tore

Die lichte Breite einflügeliger Türen muss mindestens 0,90 m betragen. Davon ausgenommen sind Türen von Kleinsträumen (z.B. Toilettenzellen, Duschzellen, Putzräume oder ähnliches). Bestehende Türen mit geringerem Lichtmass werden akzeptiert.

Tore müssen mindestens den Sicherheitsanforderungen der Norm SN EN 13241-1, Tore, und den dazugehörigen EN-Normen entsprechen (siehe auch EKAS-Informationsbroschüre 6280).

64. Treppen

Die lichte Breite von Treppen und Podesten für das Begehen technischer Einrichtungen und Anlagen muss wenigstens 0,80 m betragen.

Bestehende Treppen werden bei der Bauabnahme im Hinblick auf Rutschfestigkeit und Handlauf verifiziert.

Vereinzelte Treppenstufen sind an der Stufenkante sichtbar zu markieren.

65. Abschränkungen und Geländer

Die Sturzkanten von ortsfesten Zugängen, Podesten etc. an Maschinen und Anlagen sind mit Geländern von mindestens 1,10 m Höhe, mit Knieleisten sowie mit mindestens 10 cm hohen Fussleisten zu versehen. Siehe dazu die Norm SN EN ISO 14122-3 Sicherheit von Maschinen - Ortsfeste Zugänge zu maschinellen Anlagen - Teil 3: Treppen, Treppenleitern und Geländer.

66. Entladestellen

Die Pelletentladung ist nach dem ASi-Merkblatt Anforderungsprofil Nr. 4a Entlad von Abfällen zu erstellen.

Die Abwurfstellen in den Schnitzelbunker sind so zu sichern, dass der Absturz von Personen

verhindert wird. Mögliche Lösungen sind im Suva-MB 66050 Grünschnitzel aufgezeigt (oder

siehe auch Abladebunker nach Anforderungsprofil Nr. 4 VBSA).

Die Entladestellen sind so auszubilden, dass zwischen Anlieferfahrzeug und festen Gebäudeteilen keine Personen eingeklemmt werden können.

67. Böden

Bodenbeläge müssen rutschfest sein. Unvermeidbare Stolperstellen sind auffallend zu kennzeichnen. Bodenkanäle und Vertiefungen sind zu tragfähig und rutschfest zu überdecken.

Wo nötig, muss der Boden undurchlässig, mechanisch und chemisch genügend

widerstandsfähig und so ausgebildet sein, dass Flüssigkeiten nicht in andere Räume, Untergeschosse oder ins Freie gelangen können.

Die Bodenbeläge in der Schaltwarte, in Technik- und Lagerbereichen sowie in Verkehrswegen und Treppen sind mit einer Mindesttrutschfestigkeit von R10 gemäss DIN 51130 herzustellen.

Die Bodenbeläge im Anlieferungsbereich und in der Werkstatt sind mit einer Mindesttrutschfestigkeit von R11 gemäss DIN 51130 herzustellen.

Gitterroste sind so zu befestigen, dass sie sich nicht verschieben können und ihre Kanten bei Deformierung der Gitter nicht hervorstehen. Für die Ausführung der Gitterroste wird auf das Suva-Merkblatt 44036, Punkt 5.5 sowie auf die Suva-Checkliste 67012, Bild 4 verwiesen.

68. Beleuchtung

Sämtliche Technik- und Lagerbereiche und Verkehrswege müssen entsprechend ihrer Verwendung ausreichend natürlich und künstlich beleuchtet sein.

In allen Technik- und Lagerräumen und in tageslichtslosen Verkehrswegen ist eine netzunabhängige Notbeleuchtung zu installieren, die beim Ausfall der Netzspannung selbsttätig einschaltet und das sichere Begehen der Fluchtwege und Ausgänge ermöglicht.

Notleuchten sind als solche zu markieren. Sie sind periodisch zu warten und ihre Funktion ist zu prüfen.

69. Raumlüftung

Der Heizungsraum (Pelletkessel) sowie das Pelletlager müssen einen ausreichenden Luftzutritt aufweisen.

Der Ausfall der Lüftung resp. eine mangelhafte Luftzufuhr resp. ein Anstieg der CO-Konzentration ist zuverlässig zu alarmieren.

Diese Anforderungen können erfüllt werden durch eine Gasmeldeeinrichtung (kontinuierliche CO-Überwachung), die das Heizsystem beim Überschreiten des MAK-Wertes sowie bei Ausfall der CO-Überwachung automatisch abschaltet (MAK-Wert gemäss Suva 1903; MAK = Max. Arbeitsplatz Konzentration). Die Gaswarnanlage ist vorschriftsgemäss instand zu halten.

Bei der Rückführung verunreinigter Luft in den Arbeitsraum muss die Konzentration der Schadstoffe (Stäube von krebserregenden oder sensibilisierenden Hart- und/oder Tropenhölzer) in der Zuluft möglichst tief gehalten werden. Durch Messung oder Berechnung ist nachzuweisen, dass in jedem Fall 1/3 des MAK-Wertes nicht überschritten wird (MAK-Wert gemäss Suva-Formular Grenzwerte am Arbeitsplatz (www.suva.ch/grenzwerte); MAK =

Max. Arbeitsplatz Konzentration). Dieses gilt insbesondere für die Annahmestelle und dort

beschäftigte interne und externe Mitarbeiter.

70. Explosionsgefährdete Bereiche

Das Explosionsschutzkonzept zu Umbau des bestehenden Sulzer-Kessels für Pellet-Staub/Erdgas Verbrennung, die Mühle und Pelletstaub-Bunker sowie die Förderungen sind

der SUVA im Rahmen einer Projektbesprechung vor Bauprojektstart vorzustellen.

Vorrangig

ist das Explosionsschutzkonzept gemäss SUVA Merkblatt 2153 zu beurteilen und der SUVA

zur Vorbereitung zukommen zu lassen. Kontakt: Dr. Jan Priess (jan.priess@suva.ch).

Das Explosionsschutzdokument (Entwurf) und die Ex-Zonen-Pläne nehmen wir verbindlich zur Kenntnis. Wir behalten uns weitere Auflagen vor.

Die Geräte und Schutzsysteme (Arbeitsmittel, elektrische Betriebsmittel) müssen in der Zoneinteilung entsprechenden Gerätekategorie gemäss VGSEB ausgeführt werden.

Bereiche, in denen explosionsfähige Atmosphäre auftreten kann, sind zu kennzeichnen (z.B. mit Suva-Warnschild 1729/90).

Die geplante Ammoniakanlage ist dem Arbeitsinspektorat vorgängig zur Beurteilung einzureichen.

71. Pelletlagerung

Die Zutrittsstüre zum Pelletbunker ist mit der Austragvorrichtung elektrisch zu verriegeln. Für die Instandhaltung muss es möglich sein, das automatische Austragsystem mit geöffneter Tür/geöffneten Türen zu betreiben. Dafür muss das automatische Austragsystem über einen im Steuerschrank angeordneten Betriebsartenwahlschalter gesteuert werden können, um zwischen Normalbetrieb und Einstellbetrieb zu wählen. Im Einstellbetrieb darf jede gefahrbringende Bewegung des Silo-Austragsystems nur möglich sein, wenn die folgenden Anforderungen erfüllt sind:

- die Bewegungen müssen durch Befehlseinrichtungen mit selbsttätiger Rückstellung gesteuert werden. Es muss ein von der Zugangsstelle am Silo erreichbarer Not-Aus-Schalter vorhanden sein;
- Befehlseinrichtungen mit selbsttätiger Rückstellung müssen ausserhalb des Silos angeordnet sein, wobei der Operator eine freie Sicht auf die von ihm ausgelösten Bewegungen haben muss.

Um die Vergiftungsrisiken durch Kohlenmonoxid auszuschliessen sind für den Einstieg und die Ausführung von Arbeiten in Pelletlagerräumen die Hinweise im Suva-Merkblatt 44062 zu beachten, insbesondere die Bestimmungen zu Lüftungsmassnahmen, permanenter Überwachung des Einsteigenden und Bereitstellen von Rettungsmitteln. Geeignete Warnschilder sind gut sichtbar an dem Einstieg in den Bunker anzubringen. Die Anlage ist in das Notfallkonzept aufzunehmen.

72. Arbeitsmittel (Maschinen, Anlagen, Apparate, Werkzeuge)

Im Betrieb dürfen nur Arbeitsmittel eingesetzt werden, die bei ihrer bestimmungsgemässen Verwendung und bei Beachtung der gebotenen Sorgfalt die Sicherheit und die Gesundheit der Arbeitnehmenden nicht gefährden. Diese Anforderungen sind in der EKAS Richtlinie 6512 Arbeitsmittel konkretisiert. Es wird auf die Suva-Publikation 66084 Arbeitsmittel - die Sicherheit beginnt beim Kauf verwiesen.

Die Konformitätserklärung der einzelnen Maschinen oder der Nachweis der Sicherheit für die ganze Anlage sind auf Verlangen der Durchführungsorgane beizubringen. Sie müssen Hinweise auf die befolgten Vorschriften und Normen enthalten.

73. Instandhaltung

Alle Anlagenteile sind so anzuordnen und auszurüsten, dass sie zur Bedienung, Kontrolle und Revision gut zugänglich sind. Alle erhöht angeordneten Bedienungsstellen, Antriebsmotoren und übrige regelmässig zu kontrollierende und zu wartende Teile sind so anzuordnen, dass die Wartung gefahrlos erfolgen kann. Nötigenfalls sind sie durch Wartungspodeste, Laufstege oder andere geeignete Mittel zugänglich zu machen.

74. Schaltvorrichtungen

In technischen Einrichtungen, die bei Sonderbetrieb (Störungsbehebung, Reparatur, Unterhalt, Reinigung, usw.) eine Gefahr darstellen, muss jede Funktionseinheit mit einer abschliessbaren Schalteinrichtung ausgerüstet werden, die Gefahr bringende Energiequellen abtrennt oder abschaltet und gespeicherte Energien abbaut.

Die Schalteinrichtung muss grundsätzlich in der unmittelbaren Nähe der Eingriffsstelle (also vor Ort) oder an einem Ort, der beim Zugang zur Eingriffsstelle passiert werden muss, angebracht sein. Anforderungen an eine solche Schalteinrichtung sind in der Suva-Publikation CE 93-9 enthalten.

Für die Instandhaltung muss es möglich sein, das automatische Austragsystem mit geöffneter Tür zu betreiben. Dafür muss das automatische Austragsystem über einen im Steuerschrank angeordneten Betriebsartenwahlschalter gesteuert werden können, um

zwischen Normalbetrieb und Einstellbetrieb zu wählen. Im Einstellbetrieb darf jede gefahrbringende Bewegung des Silo-Austragsystems nur möglich sein, wenn die folgenden Anforderungen erfüllt sind:

- die Bewegungen müssen durch Befehlseinrichtungen mit selbsttätiger Rückstellung gesteuert werden. Es muss ein von der Zugangsstelle am Silo erreichbarer Not-Aus-Schalter vorhanden sein;
- Befehlseinrichtungen mit selbsttätiger Rückstellung müssen ausserhalb des Silos angeordnet sein, wobei der Operator eine freie Sicht auf die von ihm ausgelösten Bewegungen haben muss.

75. Druckgeräte

Im Betrieb dürfen nur Druckgeräte (Behälter und Rohrleitungen, befeuerte oder anderweitig beheizte Druckgeräte, Dampfbehälter, etc.) eingesetzt werden, die bei ihrer bestimmungsgemässen Verwendung und bei Beachtung der gebotenen Sorgfalt die Sicherheit und die Gesundheit der Arbeitnehmenden nicht gefährden. Diese Anforderungen sind in der Druckgeräteverordnung konkretisiert.

Der Betrieb, die Aufstellung und die Instandhaltung von Druckgeräten müssen den Bestimmungen der Druckgeräteverwendungsverordnung und den Anforderungen der EKAS-Richtlinie 6516 entsprechen.

Druckgeräte, die unter Art. 1 der Druckgeräteverwendungsverordnung fallen, sind der Suva vor der Inbetriebnahme mit dem Meldeformular Suva 88223 (www.suva.ch/88223.d) elektronisch zu melden. Zusammen mit der Meldung sind die in Kap. 5 der EKAS-Richtlinie 6516 Druckgeräte (www.suva.ch/6516.d) aufgeführten Angaben einzureichen.

76. Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Die Arbeitnehmenden sind über die bei ihren Tätigkeiten auftretenden Gefahren ausreichend und angemessen zu informieren sowie über die zu befolgenden Massnahmen des Gesundheitsschutzes und der Arbeitssicherheit anzuleiten. Diese Anleitung hat im Zeitpunkt des Stellenantritts und bei jeder Änderung der Arbeitsbedingungen zu erfolgen und ist nötigenfalls zu wiederholen. Dies gilt insbesondere über die Gesundheitsgefahren im Umgang mit Stäube von krebserregenden oder sensibilisierenden Hart- und/oder Tropenhölzer. Dem Personal ist die erforderliche persönliche Schutzausrüstung zur Verfügung zu stellen.

Für die Erste Hilfe ist zweckmässiges Sanitätsmaterial bereitzustellen. Heisse Anlagenteile sind zu isolieren oder so zu schützen, dass gefährliche Berührungen vermieden werden. Für die zulässigen Werte der Oberflächentemperaturen in Abhängigkeit von der Berührungsdauer und des Materials verweisen wir auf die Norm SN EN ISO 13732-1 Ergonomie der thermischen Umgebung - Bewertungsverfahren für menschliche Reaktionen bei Kontakt mit Oberflächen - Teil 1: Heisse Oberflächen.

Feuerpolizei

77. Es gelten die Verordnung über den Brandschutz des Kantons Basel-Stadt 735.200 vom 21.12.2004 (Brandschutz V), die Verordnung über die Gebühren der Feuerpolizei 735.400 vom 23.12.2003 (Gebühren V), die VKF Brandschutznorm (BSN) und die VKF Brandschutzrichtlinien (BSR) Ausgabe 2015.

78. Das von der Feuerpolizei eingesehene Brandschutzkonzept inkl. den Brandschutzplänen (datiert vom 17.02.2020), ausgearbeitet von Weyer und Partner (Schweiz) AG, Basel, sind Bestandteile dieses Entscheides (§ 38 BPV). Bei Abweichungen gelten die im Bauentscheid formulierten Auflagen.

79. Das Bauprojekt wird in die Qualitätssicherungsstufe 3 eingeteilt. Die Anforderungen an die Qualitätssicherung (Qualitätssicherungsstufen QSS 1 bis 4) richten sich nach den Kriterien für Brandschutzanforderungen, Einrichtungen für den technischen Brandschutz sowie verwendeter Nachweisverfahren im Brandschutz. Die Einstufung erfolgt nach Nutzung, Gebäudegeometrie (Gebäudehöhe, Ausdehnung), Bauweise und besonderen Brandrisiken. Im Rahmen der Abschlussarbeiten bestätigt die QS Person Brandschutz mit der Erklärung zur Konformität die Übereinstimmung der Bauausführung mit den gesetzlichen Vorschriften (Brandschutzvorschriften). Die Erklärung ist an die Bauherrschaft und an die Brandschutzbehörde auszuhändigen (BSN Art. 17 und BSR Qualitätssicherung im Brandschutz).
80. Betreffend Brandschutz auf Baustellen ist die BSR Brandverhütung und organisatorischer Brandschutz, Kapitel 5 Brandschutz auf Baustellen zu beachten, insbesondere
 - ist an während der Bauphase genutzten Bauten und Anlagen die Brandabschnittsbildung zu gewährleisten;
 - ist durch Instruktion, Überwachung und periodische Kontrollgänge eine brandschutztechnisch einwandfreie Ordnung zu gewährleisten;
 - sind brennbares Material (z.B. Holz, Papier, Kunststoff, Verpackungen) sowie Bauschutt periodisch zu entfernen oder in genügendem Abstand zur Baustelle zu lagern;
 - sind die Flucht- und Rettungswege jederzeit freizuhalten und zu kennzeichnen;
 - haben vor und nach feuergefährlichen Arbeiten gemäss Ziffer 3.2 Abs. 4 und 5 dieser BSR die notwendigen Kontrollen zu erfolgen.

Baulicher Brandschutz

81. Massgebend für die Anwendung von Brandschutzprodukten sind:
 - bei Bauprodukten, welche von einer harmonisierten europäischen Norm erfasst sind oder für welche eine europäische technische Bewertung ausgestellt worden ist, die Leistungserklärungen zur Grundanforderung Brandschutz gemäss Bauproduktengesetz;
 - bei allen anderen Produkten die Prüfnachweise, Zertifikate und Konformitätsnachweise akkreditierter Prüf- und Zertifizierungsstellen sowie das VKF-Brandschutzregister. (BSR Anerkennungsverfahren, Ziff. 2.2 Abs. 2).
82. Brandmauern haben einen Feuerwiderstand von REI 180 zu betragen.
83. Brandabschnittsbildende Wände haben mindestens Feuerwiderstand EI 60, Türen EI 30 aufweisen.
Brandabschnittsbildende Geschossdecken haben Feuerwiderstand EI 90 zu betragen.
84. In brandabschnittsbildenden Bauteilen sind Durchbrüche und Leitungsführungen feuerwiderstandsfähig zu verschliessen. Der Feuerwiderstand von Abschottungen beträgt mindestens 60 Minuten. Aussparungen sind mit Material aus Baustoffen RF1 auszufüllen und dicht zu verschliessen, oder mit VKF-anerkannten Abschottungssystemen (z.B. Brandschutzmanschetten) mit Feuerwiderstand EI 60 zu verschliessen. (Ziff. 3.5 Abs. 1 - 3)
Revisionsöffnungen zu Installationsschächten müssen Abschlüsse mit Feuerwiderstand EI 60 aufweisen.
85. Treppenhäuser sind gegen angrenzende Räume mit Feuerwiderstand EI 90, Türen mit Feuerwiderstand EI 30 abzutrennen.
86. Neueinzubauende Türen müssen eine lichte Breite von mindestens 0.90 m aufweisen.
87. Türen in Flucht- und Rettungswegen müssen jederzeit ohne Hilfsmittel rasch entsperrt (entriegelt), geöffnet und sicher begangen werden können.
Notschlüsselkästchen neben Fluchttüren sowie die elektronische Entsperrung von Fluchttüren allein mittels Badge oder nur Brandfall gesteuert sind nicht zulässig (§ 8 der Verordnung über den Brandschutz vom 21. Dezember 2004).

Technische Brandschutzeinrichtungen

88. Einrichtungen für den technischen Brandschutz müssen dem Stand der Technik entsprechen und so beschaffen, bemessen, ausgeführt und in Stand gehalten sein, dass sie wirksam und jederzeit betriebsbereit sind (VKF-Brandschutznorm).
89. Lufttechnischen Anlagen sind nach der VKF-Brandschutzrichtlinie Lufttechnische Anlagen, auszuführen.
90. Der Rauch- und Wärmeabzug im Treppenhaus muss gewährleistet sein.
 - Es sind entweder in jedem Geschoss im Treppenhaus öffnenbare Fenster vorhanden oder
 - Es ist zu oberst im Treppenhaus eine Rauch- und Wärmeabzugsanlage einzubauen. Die Rauch- und Wärmeabzugsanlage ist von der Eingangsebene aus mit bedienbaren und brandfallgesteuerten Rauchabzugsvorrichtung zu versehen. Der Betätigungsmechanismus muss die Rauchabzugsmöglichkeit auch bei einem Stromausfall gewährleisten.
91. Für die Aufstellung und den Betrieb von wärmetechnischen Anlagen aller Art und, sofern nicht anderweitig geregelt, für die damit verbundene Lagerung von Brennstoffen gelten die Bestimmungen der VKF-Brandschutzrichtlinie Wärmetechnische Anlagen (24-15).
92. Feuerungsanlagen sind in separaten Heizräumen mit Feuerwiderstand EI 90 (Türen EI 30, ab 70 kW Nennwärmeleistung in Fluchtrichtung öffnend) aufzustellen.
93. Pelletslager müssen in Gebäuden als separate Räume mit Feuerwiderstand EI 90 aufweisen
94. Es sind Massnahmen vorzusehen, die ein gesichertes Ausräumen der Pellets zu ermöglichen.
95. Bei Förderung durch und in andere Brandabschnitte sind Förderleitungen mit entsprechendem Feuerwiderstand zu bekleiden oder Brandschutzabschlüssen einzubauen.
96. Für die Installation der zugehörigen Abgasanlage gilt die VKF-Brandschutzrichtlinie Wärmetechnische Anlagen.
97. Die Heizanlage und Abgasanlage müssen geprüft und klassifiziert sowie leicht erkennbar gekennzeichnet sein. Anwendung, Einbau und Betrieb haben gemäss Angaben des Zertifikatsinhabers (Herstellers) zu erfolgen.
98. Die Abnahme der Anlagen hat durch eine Fachperson zu erfolgen.
99. Im Übrigen gelten die VKF-Brandschutzunterlagen Pelletsfeuerungen vom 1.1.2015.

Löschgeräte

100. Im Gebäude sind Handfeuerlöscher festmoniert und rasch greifbar zu platzieren.

Sicherheitsbeleuchtung / Fluchtwegsbezeichnung

101. Es ist eine netzstromunabhängige Sicherheitsbeleuchtung zu installieren (VKF-Brandschutzrichtlinie Kennzeichnung von Fluchtwegen, Sicherheitsbeleuchtung, Sicherheitsstromversorgung).
102. Die Fluchtausgänge sind mit Rettungszeichen (Piktogramme) zu kennzeichnen. (VKF-Brandschutzrichtlinie Kennzeichnung von Fluchtwegen, Sicherheitsbeleuchtung, Sicherheitsstromversorgung).

Haustechnische Anlagen

103. Gestützt auf § 32 der Verordnung über den Brandschutz vom 21. Dezember 2004 und

auf die VKF-Brandschutzrichtlinie Blitzschutzanlagen, Ziffer 3 ist das Objekt mit einer vorschriftsgemäss installierten Blitzschutzanlage zu schützen.

104. Im Gebäude ist eine automatische Brandmeldeanlage (Vollüberwachung) mit direkter Verbindung auf die Alarmzentrale der Feuerwehr zu installieren. Der Schutzzumfang der Brandmeldeanlage, mit Standortangaben der Brandmeldezentrale, des Feuerwehrranzeige- und Bedienteils, der Handfeuermelder und des Schlüsseltresors für die Feuerwehr sind in den Brandschutzplänen einzuzeichnen. Die Brandschutzpläne und die Projektierungspläne der Brandmeldeanlage sind vor Installationsbeginn der Feuerpolizei zur Einsichtnahme einzureichen. Es sind Feuerwehrpläne auszuarbeiten und im Feuerwehrranzeige- und Bedienteil zu deponieren (BSR Brandmeldeanlagen).

Gefährliche Stoffe

105. Feuer- oder explosionsgefährdete Räume müssen mit mindestens einer Seite an einer Aussenwand von Bauten und Anlagen liegen und als Brandabschnitte erstellt sein. Für gefährdete Zonen als Teile eines Brandabschnittes sind den Verhältnissen angepasste zusätzliche Massnahmen zu treffen (VKF-Brandschutzrichtlinie Gefährliche Stoffe, Ziffer 2.3.7, Absatz 2).
106. Räume oder Zonen, in denen sich brennbare Gase, Dämpfe, Nebel oder Stäube in gefährlichen Konzentrationen ansammeln können, sind ausreichend natürlich oder künstlich zu lüften. Wenn nötig sind besondere Absaugvorrichtungen vorzusehen (VKF-Brandschutzrichtlinie Gefährliche Stoffe, Ziffer 2.3.8).
107. Stoffe, die in gefährlicher Weise miteinander reagieren können, solche mit besonderem Brandverhalten oder Stoffe, die durch ihre Eigenschaften im Brandfall Personen gefährden, sind in getrennten, entsprechend ausgebauten Brandabschnitten unterzubringen (BSR Gefährliche Stoffe).

Betrieblicher Brandschutz

108. Die Umgebung des Gebäudes ist so zu gestalten, dass der rasche, ungehinderte Einsatz der Feuerwehr mit ihren Geräten und schweren Fahrzeugen jederzeit gewährleistet ist. An-, Vor- und Verbindungsbauten dürfen den Feuerwehreinsatz nicht behindern. Zufahrtsstrassen und Aufstellungsorte für Feuerwehrfahrzeuge sind festzulegen, zu markieren und freizuhalten.
Die dazu erforderlichen Abklärungen sind gemeinsam mit der Feuerpolizei und der Feuerwehr vor Baubeginn durchzuführen und das Ergebnis ist bei der Umgebungsplanung zu berücksichtigen.
Im Übrigen gelten für die Zugänglichkeit der Feuerwehr die Bestimmungen der Richtlinie Feuerwehrrzufahrten:
<http://docs.feukos.ch/RichtlinieFeuerwehrrzufahrten/RichtlinieFeuerwehrrzufahrtenDE/>
109. Die Unternehmensleitung hat eine Sicherheitsbeauftragte / einen Sicherheitsbeauftragten zu bestimmen und derselben / demselben die Durchsetzung unter anderem der betrieblichen Brandschutzmassnahmen zu übertragen. Die/ der Sicherheitsbeauftragte verfügt über ein Pflichtenheft mit Aufgabenbeschrieb und Regelung ihrer respektive seiner Kompetenzen (§ 6 der Verordnung über den Brandschutz vom 21. Dezember 2004 und VKF-Brandschutznorm Art. 69 und 70).
110. Die Unternehmensleitung hat in Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr und der Feuerpolizei Einsatzpläne für die Feuerwehr erstellen zu lassen. Diese Planung ist im Rahmen von Übungen periodisch zu überprüfen (VKF-Brandschutznorm Art. 71)

Kantonspolizei Basel-Stadt, Verkehrssicherheitsprüfung

Parkraum

111. Wir machen ausdrücklich auf Art. 15. Abs. 3 der Verkehrsregelnverordnung (VRV) aufmerksam: Wer aus Fabrik-, Hof- oder Garageausfahrten, aus Feldwegen, Radwegen, Parkplätzen, Tankstellen und dergleichen oder über ein Trottoir auf eine Haupt- oder Nebenstrasse fährt, muss den Benützern dieser Strassen den Vortritt gewähren. Ist die Stelle unübersichtlich, so muss der Fahrzeugführer anhalten; wenn nötig, muss er eine Hilfsperson beiziehen, die das Fahrmanöver überwacht.
112. Alle Anbindungen, resp. Ein- und Ausfahrten sind hinsichtlich fester Bauten, Bepflanzungen oder anderer Installationen so zu gestalten, dass das Sichtfeld auf das Trottoir und die Fahrbahn nicht beeinträchtigt wird.
113. Die vorgesehene Einbahnregelung (getrennte Ein-/Ausfahrt) ist durch eine gesetzeskonforme Signalisation anzuzeigen.
114. Die in den Parkraum (Einstellhalle, Parkhaus, Parkplatz, Wartezone usw.) einfahrenden Fahrzeuge dürfen den Verkehr im öffentlichen Strassenraum nicht behindern.

Kosten

Für diesen Entscheid wird eine Gebühr von CHF 24'482.50 erhoben.
Diese setzt sich wie folgt zusammen

BBG Belegnummer: 6020596403


	Betrag CHF
Prüfgebühr	6'590
Kontrollgebühr	3'300
Hinweisschild	200
Zwischenbericht	3'300
Gebühr TBA Planung Entwässerung und Gewässer	440
UV Prüfung, Mobilität	67
UV Prüfung, AUE-Koordinationsstelle für Umweltschutz	2'198
UV Prüfung, Lufthygieneamt beider Basel	1'099
UV Prüfung, AUE-Lärmschutz	1'862
UV Prüfung, AUE-Abfall	942
UV Prüfung, AUE- Industrie- und Gewerbeabwasser	532
UV Prüfung, Kontrollstelle für Chemie- und Biosicherheit	1'727
UV Prüfung, STG, Fachstelle für Natur- und Landschaftsschutz	532
Gebühr Plangenehmigung AWA	1'200
UV Prüfung, Hochbau- und Planungsamt, Planung	444
Porti und Spesen	50
Rechnungstotal	24'483

Bau- und Gastgewerbeinspektorat Basel-Stadt



Jana Jascur

Leiterin Baubewilligungen und Baukontrolle



Emir Podrug

Bauinspektor

Ihre Kontaktperson

Bauinspektor

Emir Podrug

Telefon +41 61 267 67 75

emir.podrug@bs.ch

Baukontrolleur

Roger Mächler

Telefon +41 61 267 60 90

roger.maechler@bs.ch

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Entscheid kann bei der Baurekurskommission, Münsterplatz 11, 4001 Basel, Rekurs erhoben werden. Der Rekurs ist innert 10 Tagen nach Zustellung des Entscheides schriftlich anzumelden. Innert 30 Tagen, vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die Rekursbegründung einzureichen, welche die Anträge der Rekurrentin oder des Rekurrenten und deren Begründung mit Angabe der Beweismittel zu enthalten hat.

Bei völliger oder teilweiser Abweisung des Rekurses können die amtlichen Kosten, bestehend aus einer Spruchgebühr sowie den Auslagen für Gutachten, Augenscheine, Beweiserhebungen und anderen besonderen Vorkehrungen, der Rekurrentin oder dem Rekurrenten ganz oder teilweise auferlegt werden.

Beilagen

Bericht der Umweltschutzfachstellen Basel-Stadt über die Beurteilung der Umweltverträglichkeit
Stellungnahme Bundesamt für Umwelt BAFU
bewilligte Kanalisationspläne, vom TBA-I / P-EG abgestempelt am 04. Dez. 2019

Dieser Entscheid wird zugestellt an:

Bundesamt für Umwelt,, per E-Mail

Glaser Keller AG Ingenieur und Architekten Keller Thomas

IWB, Industrielle Weke Basel Lüthy Florian, als Einschreiben, mit Einzahlungsschein , mit Planbeilagen

Schweizerische Bundesbahnen SBB,, per E-Mail